

die bank

ZEITSCHRIFT FÜR BANKPOLITIK UND PRAXIS

NR. 6

2018

www.die-bank.de



BREXIT-AUSWIRKUNGEN AUF FRANKFURT Die Banker-Wanderung

Euro 15,00

Interview Andreas Krautscheid zum Thema Brexit

Sommer-Special Was machen deutsche Banker im Urlaub?

Unternehmenskultur im Wandel Führen in Teilzeit

BREXIT-AUSWIRKUNGEN AUF FRANKFURT

Die Banker-Wanderung

Der Countdown läuft. Nur noch neun Monate, dann tritt das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union aus. Welche Auswirkungen sich daraus für Unternehmen und Banken in der EU ergeben, steht immer noch nicht fest. Es droht ein unregelmäßiger Austritt ohne Abkommen und Übergangszeit. Die Zeit drängt, während die Verunsicherung über den Ausgang der Verhandlungen wächst. Nach jüngsten Umfragen könnte aus der erwarteten großen Bankerwanderung bis März 2019 doch nur eine deutlich kleinere werden.

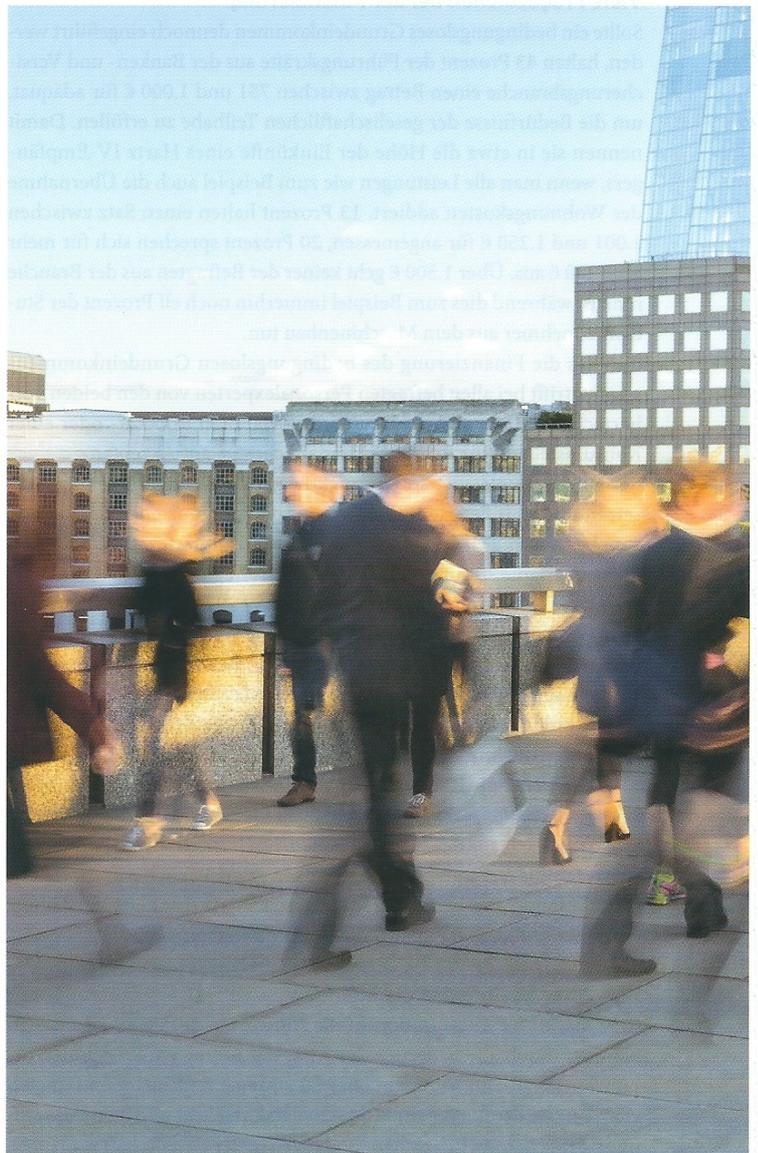
Banker und Unternehmer brauchen in diesen Tagen besonders gute Nerven. Beim Thema Brexit liegen die Nerven eher blank. Kein Wunder: Der Verlauf der Brexit-Verhandlungen sorgt für immer größere Verunsicherung. Im Frühjahr 2018 hatten sich Großbritannien und EU zwar grundsätzlich auf eine 21-monatige Übergangsphase geeinigt. Da bei den Gesprächen aber das Prinzip „Nothing is agreed until everything is agreed“ gilt, droht ein unregelmäßiger Austritt ohne Abkommen und Übergangszeit.

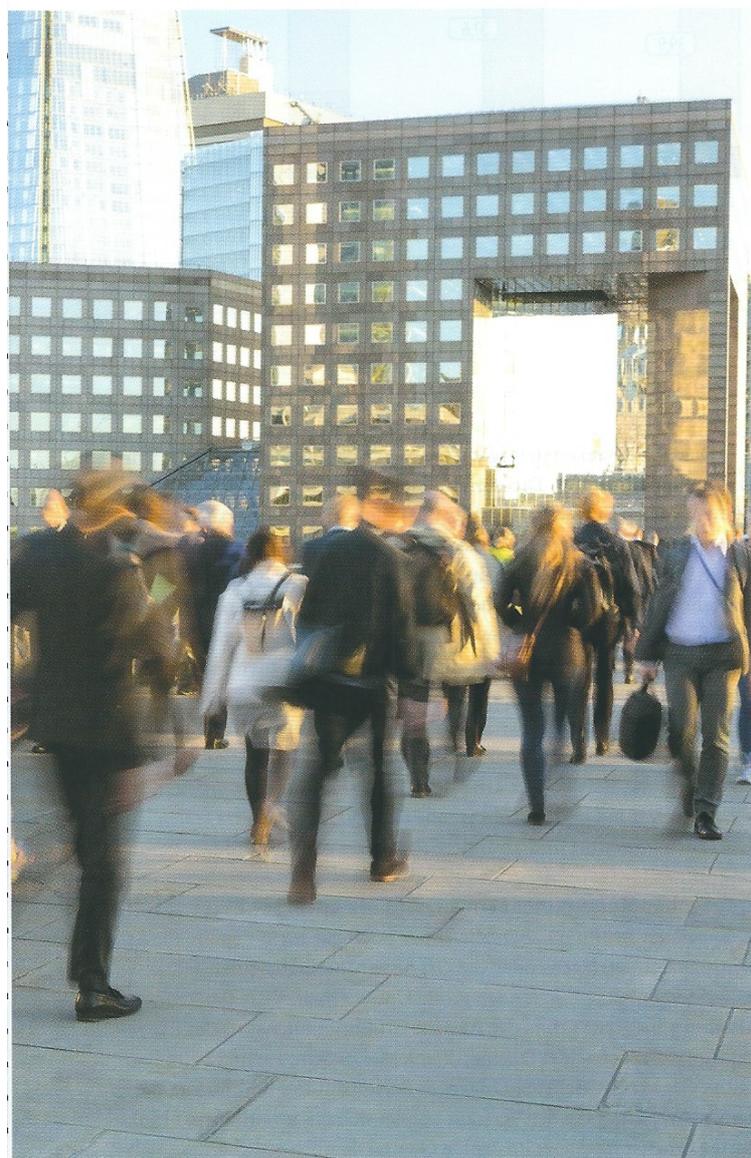
„Der Anteil derjenigen, die eine starke oder sehr starke Entfernung Großbritanniens von der EU befürchten, wuchs von 16 auf 37 Prozent“, heißt es in einer Anfang Mai 2018 präsentierten neuen Studie von Hessen Trade & Invest. ► 1 Demnach rechnen zwei Drittel der Unternehmen bei einem unregelmäßigen Austritt ohne Abkommen und Übergangszeit mit negativen Auswirkungen auf das eigene Geschäft.

„Es ist belastend für Unternehmen und Arbeitnehmer, dass die Wirtschaft zehn Monate vor dem Brexit noch immer nicht weiß, was im Endeffekt auf sie zukommt“, sagte Professor Dr. Wolfram Wrabetz bei der Vorstellung der Studie. Für den Vizepräsidenten des Hessischen Industrie- und Handelskammertags nimmt zwar die vereinbarte Übergangsfrist bis Ende 2020 „etwas Druck aus dem Kessel“, aber die Zeit müsse genutzt werden, um rasch ein umfassendes Freihandelsabkommen auszuhandeln, das den engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten gerecht werde.

Für den Bundesverband deutscher Banken führt die Unsicherheit zu einer klaren Empfehlung an seine Mitglieder: Stellt Euch auf einen harten Brexit ein. „Auch wenn es derzeit danach aussieht, dass es eine Übergangsphase geben könnte, gibt es hierzu erst Gewissheit, wenn das Austrittsabkommen als Ganzes steht“, sagt Hauptgeschäftsführer Andreas Krautscheid.

Wie stark die Bedeutung des Finanzmekkas Londons mittelfristig sinken wird und wie andere internationale Finanzplätze unter anderem durch Verlagerung von Arbeitsplätzen davon profitieren werden, darüber wird seit Monaten heftig spekuliert. An Prognosen mangelt es nicht. Dabei kommt fast jede Studie zu einem anderen Ergebnis, was einen einfachen Grund hat: Die Autoren blicken auf stark abweichende Zeiträume. Mal betrachtet man die Zeit „bis zum Austritt im März 2019“, mal einen nicht näher definierten Zeitraum „in den nächsten Jahren“, und an anderer Stelle heißt es konkreter „in den nächsten drei





bis vier Jahren“. Doch der Tenor zeigt in eine klare Richtung: War anfangs von massiven Verlagerungen die Rede, scheint jetzt aus der großen Bankerwanderung zumindest vorerst doch nur eine deutlich kleinere zu werden.

Weniger Umzüge als ursprünglich erwartet

Nach einer Ende März 2018 veröffentlichten Umfrage der Nachrichtenagentur Reuters sollen wegen des Brexit bis März kommenden Jahres „nur“ 5.000 Jobs aus London abgezogen oder in der EU 27 neu geschaffen werden. Sechs Monate zuvor hatten die befragten 119 Finanzfirmen noch mit doppelt so vielen Umzügen gerechnet. Ihre Pläne hätten viele Institute zurückgeschraubt, nachdem sie genauer analysiert hätten, welche Jobs tatsächlich umziehen müssen.

Zu ihnen gehört auch die Deutsche Bank. Der deutsche Branchenprimus beschäftigt an der Themse rund 8.600 Mitarbeiter. Schon im Januar 2018 hatte Ex-CEO John Cryan die in den Medien immer wieder genannte Zahl von 4.000 Verlagerungen nach Frankfurt als viel zu hoch eingestuft und nur noch von einigen hundert Jobs gesprochen.

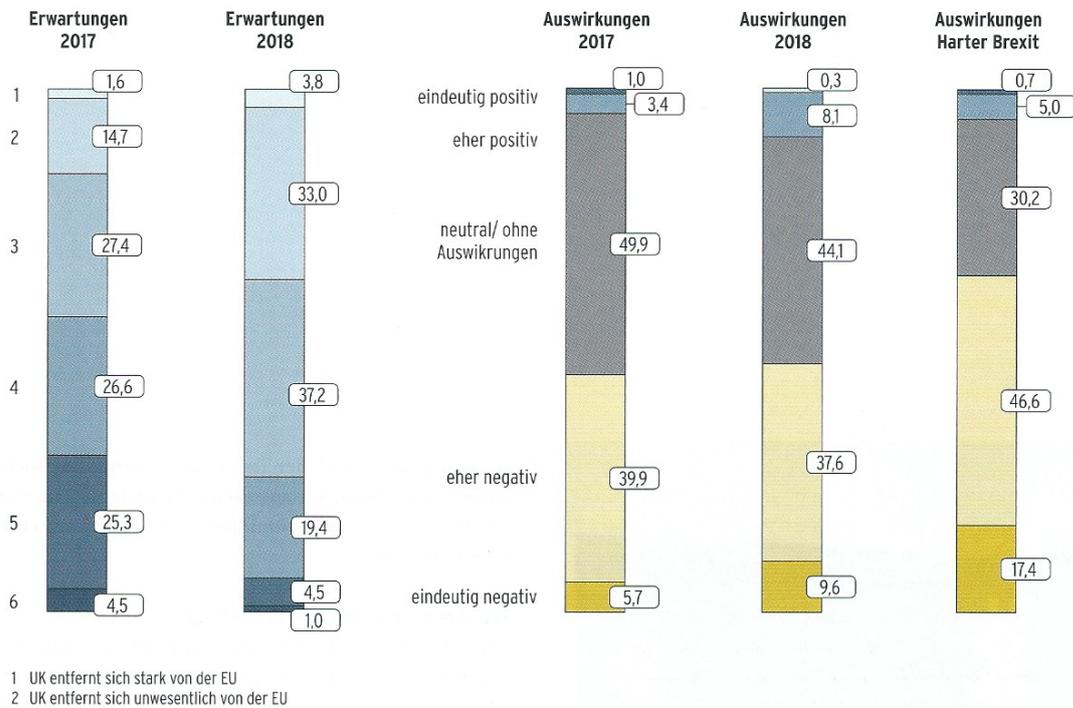
Die Commerzbank, die vor Ort aktuell noch 1.000 Mitarbeiter beschäftigt, hat bereits in den vergangenen Jahren laut deren Sprecher Richard Lips Kapazitäten aus den Front- und Backoffice-Bereichen von London und New York nach Kontinentaleuropa, Asien und vor allem nach Frankreich verlagert und „sieht sich für mögliche Veränderungen sehr gut aufgestellt“.

Die schlechte Nachricht für Frankfurt: Paris hat in der Reuters-Umfrage die Main-Metropole abgehängt und wurde zum populärsten Ziel der Brexit-Abwanderer. 2.280 Arbeitsplätze sollen laut Umfrage bis März 2019 an der Seine entstehen, 1.420 in Frankfurt, 612 in Dublin und 407 in Luxemburg. Ausgezahlt haben dürfte sich laut Reuters, dass Frankreich unter dem ehemaligen Investmentbanker und heutigen Präsidenten Emmanuel Macron unter anderem den Kündigungsschutz gelockert und Steuern gesenkt hat.

Vertreter der deutschen Finanzszene wie Andreas Krautscheid vom Bankenverband hoffen deshalb darauf, dass die von CDU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarte Lockerung des Kündigungsschutzes für hoch bezahlte Banker nach der Sommerpause zügig umgesetzt wird. Zu den Befürwortern gehört auch der hessische Finanzminister Thomas Schäfer, der seit längerem davor warnt, dass der strenge deutsche Kün-

1 | Erwartungen an das Verhandlungsergebnis und an die Auswirkungen des Brexit auf das Unternehmen

in Prozent



digungsschutz ein gewichtiger Hinderungsgrund für Auslandsbanken sei, sich in Frankfurt niederzulassen. „Die denken doch: Einen Arbeitnehmer wird man in Deutschland schwieriger los als den Ehepartner.“

Zuwächse in Paris und Frankfurt

Auch bei der britischen HSBC schlägt das Herz für Paris. Das Institut besitzt mit HSBC France und HSBC Deutschland zwei Töchter auf dem Kontinent, die als Vollbanken alle regulatorischen Anforderungen erfüllen. „HSBC ist deshalb auf alle Szenarien, auch den harten Brexit mit Verlust des Passportings, vorbereitet. Wenn Kunden nicht mehr in Großbritannien ihre Hauptverbindung zu HSBC unterhalten dürfen oder Produkte nicht mehr aus London heraus angeboten werden dürfen, dann transferieren wir sie in erster Linie nach Paris“, sagt HSBC-Sprecher Robert von Heusinger.

Mit mehr als 8.000 Mitarbeitern und einer Bilanzsumme von rund 170 Mrd. € sei HSBC France das sechstgrößte Institut des Landes und damit problemlos in der Lage, als Alternative auf dem Kontinent zu dienen. Wie die Deutsche Bank tritt aber auch die HSBC etwas auf die Bremse. War bei der Reuters-Umfrage Ende 2017 noch von rund 1.000 Stellen die Rede, die nach Paris gehen sollten, sprach das Institut Anfang Mai gegenüber „die bank“ noch „von deutlich unter 1.000 Arbeitsplätzen“. Welche Bereiche verlagert werden, hänge von den abschließenden Brexit-Verhandlungen ab, so von Heusinger. Auch nach dem Brexit werde HSBC in UK aber mehr als 42.000 Mitarbeiter beschäftigen.

Dass viele Banken mehrgleisig fahren wollen, hat die Reuters-Umfrage ebenfalls belegt. Die Amerikaner Goldman Sachs und Morgan Stanley verstärken sich gleichfalls nicht nur an der Seine, sondern gehören auch zu den rund 20 ausländischen Instituten, die laut Hessen Trade & Invest (HTAI) am Main expandieren. „Bisher haben 18 Banken Entscheidungen zugunsten von Frankfurt bekanntgegeben. Wir gehen davon aus, dass weitere folgen werden. Zuletzt hat die Bank of Taiwan angekündigt, eine Repräsentanz in Frankfurt zu eröffnen“, sagt HTAI-Geschäftsführer Dr. Rainer Waldschmidt zu „die bank“.

Zudem komme die kanadische Ratingagentur DBRS mit einem Büro nach Frankfurt. Wie überschaubar die Dimensionen zum Teil sind, zeigt das Beispiel der UBS. Rund 5.200 Mitarbeiter arbeiten für die Schweizer in London. Und gerade mal 150 Arbeitsplätze sollen laut UBS nach Frankfurt und an andere Standorte verlegt werden.

Deutscher Kündigungsschutz wird oft unterschätzt

Die meisten Institute haben allerdings noch gar nicht begonnen, Arbeitsplätze zu verlagern oder vor Ort neue Mitarbeiter einzustellen.

„Momentan herrscht noch große Unsicherheit. Viele Banken warten deshalb ab, wie genau der Austritt Großbritanniens aus der EU geregelt wird“, beobachtet Dagmar-Elena Markworth, Partner beim Executive Search-Spezialisten Odgers & Berndtson in Frankfurt. Je nach finaler Ausgestaltung der Verträge könnte sich die Situation am Frankfurter Arbeitsmarkt aber im dritten Quartal deutlich verschärfen. „Aus-

ländische Großbanken unterschätzen oftmals das rigide deutsche Kündigungsrecht. Vielen ist nicht klar, dass sechsmonatige Kündigungsfristen hierzulande nicht selten sind.“

Ein erhöhter Druck könnte sich zudem ergeben, wenn die Arbeitgeber feststellten, dass sich ihre schon beschlossenen Verlagerungen von Geschäftsfeldern und Beschäftigten nicht so einfach umsetzen ließen – wenn also nicht so viele Mitarbeiter von London etwa nach Frankfurt mitziehen wollen wie erwartet oder gewünscht.

Erste Brexit-Mandate hat die Personalberaterin bereits erfolgreich abgearbeitet. Zu den Kunden zählen internationale Großbanken, die zum Beispiel von einer Niederlassung auf eine Vollbank umstellen und dafür bei der BaFin eine Lizenz beantragt haben. Sie müssen die Geschäftsleitung entsprechend besetzen. Doch längst nicht jede Suche landet als Auftrag bei den Headhuntern. „Aus Kostengründen schauen einige Player zunächst in der eigenen Organisation“, sagt Markworth, die damit rechnet, dass vermehrt deutsche Mitarbeiter etwa aus Asien oder den USA zurückgerufen und nach Frankfurt versetzt werden.

Kein „erbitterter Kampf um Talente“

Aleksander Montalbetti, Partner bei der Executive Search-Beratung Signium in Frankfurt, teilt die Zurückhaltung der Kollegin. Von einem erbitterten Kampf um Talente, wie an einigen Stellen zu lesen war, könne nicht die Rede sein. Gesucht würden Spezialisten für den Backoffice-Bereich, etwa für Regulatorik und Compliance, jedoch kaum Führungskräfte. Sein Fazit: „Das Thema Brexit wird heißer gekocht als es wirklich ist“, sagt der auf die Bankbranche spezialisierte Personalberater. „Die riesige Party findet hier nicht statt.“

Über Arbeitsmangel klagt er allerdings nicht. Die Auftragslage sei sehr gut. Vor allem die Digitalisierung und die damit einhergehende Transformation der Branche trieben die Nachfrage nach Fach- und Führungskräften. Top-Thema bei der Digitalisierung sei, die Effizienz bei den Prozessen zu steigern, Kosten zu senken und attraktive Produkte für die Kunden zu schaffen. Erfahrene Manager mit gutem Gespür für Technologien und Innovationen findet er vor allem bei den großen Beratungshäusern, bei FinTechs und zunehmend sogar in anderen Branchen.

Ulrike Bischoff, Autorin der Helaba-Studie „Finanzplatz Frankfurt: In der Pole-Position für Brexit-Banker“, hält derweil an ihrer Prognose fest, dass „mindestens die Hälfte der aus London abwandernden Finanzjobs nach Frankfurt verlagert wird. Dies entspricht über einen Zeitraum von mehreren Jahren mindestens 8.000 Mitarbeitern“. Trotz

der Konsolidierung am heimischen Bankenmarkt sieht die Helaba deshalb einen Beschäftigtenanstieg um vier Prozent auf rund 65.000 Mitarbeiter bis Ende 2019.

Unter den europäischen Finanzplätzen rangiere Frankfurt klar nach London und vor Paris. Auch die Ende 2017 gefällte Entscheidung, die Europäische Bankenaufsicht (EBA) mit ihren knapp 200 Beschäftigten von London nach Paris umzusiedeln, habe an der Rangordnung nichts geändert. Wichtigste Standortvorteile von Frankfurt seien die Stabilität und Stärke der deutschen Volkswirtschaft, der Sitz der EZB mit der Doppelfunktion als Aufsichtsbehörde und Notenbank, das Rhein-Main-Gebiet als Verkehrsdrehscheibe mit guter Infrastruktur, die relativ günstigen Büromieten sowie eine hohe Lebensqualität bei reichhaltigem Freizeitangebot in der Stadt und im grünen Umland.

Positiv bewertet die Finanzplatz-Expertin auch die im Frühjahr 2017 geplatzte Fusion zwischen Deutscher Börse und London Stock Exchange, die einen Bedeutungsverlust für Frankfurt nach sich gezogen hätte.

Stefan Winter, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Auslandsbanken in Deutschland e.V. (VAB) und Mitglied im Vorstand der UBS Europe SE, sieht einen deutlichen Bedeutungszuwachs der Auslandsbanken. Im Falle eines Brexit werde sich die Bilanzsumme der VAB-Mitglieder von 430 Mrd. € bis Ende 2019 verdoppeln. Sollte es zu einer Übergangsfrist kommen, werde sich der Zeitpunkt entsprechend verschieben. „Wir rechnen mit rund 20 Instituten, die ihre Präsenz hier ausbauen werden. Damit verbunden sind in den nächsten zwei bis drei Jahren bis zu 5.000 Stellen, die zur Hälfte lokal rekrutiert werden.“ Die andere Hälfte der Stellen würden die Banken durch konzerninterne Versetzungen besetzen.

Der Clinch um das Clearing

Weitere Bewegung könnte in das Thema Arbeitsplätze kommen, wenn der Clinch um das Euro-Clearing für Euro-Geschäfte beigelegt wird. Die britische Hauptstadt ist der wichtigste Handelsplatz für Transaktionen in Euro. Mit LCH, einer Tochter der London Stock Exchange, hat das größte Clearinghaus für Derivate an der Themse seinen Sitz. Beaufsichtigt werden die Clearing-Häuser von der britischen Notenbank. Da die Häuser nicht nur Transaktionen zwischen zwei Handelspartnern abwickeln, sondern auch die Risiken übernehmen, die dabei entstehen, müsse das Clearing – so die Meinung vieler Politiker und Regulierer – auch in der Euro-Zone stattfinden. Denn die Bündelung von Kredit- und Liquiditätsrisiken könne zu Systemkrisen führen.



Dirk Auerbach, Partner beim Wirtschaftsprüfer Ernst & Young und Brexit-Leader für Deutschland, rechnet nicht damit, dass die Briten den EU-Aufsichtsbehörden volle Zugriffsrechte auf diese Geschäfte geben. Doch das wäre eine Voraussetzung für den Verbleib des Euro-Clearings in London. Nach der Entscheidung, die Europäische Bankenaufsicht von London nach Paris umzusiedeln, könnte Frankfurt eine gute Ausgangsposition haben, so Auerbach.

Für die Mainmetropole spreche zudem die Nähe zur EZB, der größere Ressourcenpool an Talenten und die Sprache. In der Pariser Finanzszenen komme man ohne Französischkenntnisse sehr viel schlechter voran als ohne Deutschkenntnisse in Frankfurt. Bezüglich der Entscheidung für den Euro-Clearing-Standort ist Auerbach überzeugt: „Das wird ein harter politischer Kampf.“

Der könnte auch drohen, wenn wie von einigen Politikern gefordert, die aufsichtsrechtliche Funktion aus der EZB herausgelöst würde. Deren Doppelfunktion als Aufsichtsbehörde und Notenbank könnte zu Interessenkonflikten führen. Ulrike Bischoff: „Wenn der aufsichtsrechtliche Part dann zum Beispiel zur EBA nach Paris verlagert würde, wäre das eine deutliche Standortaufwertung für die französische Hauptstadt.“

Wie stark Mainhattan am Ende des Tages gewinnt, ist also ungewiss. Zumal zwei gegenläufige Entwicklungen aufeinandertreffen. „Die Schätzungen reichen von deutlich unter 10.000 bis zu rund 60.000 Stellen. Verlässliche Zahlen lassen sich dazu derzeit kaum ermitteln“, sagt der HTAI-Geschäftsführer. Der Brexit-Effekt erreiche den klassischen Bankensektor in einer Phase des Umbruchs und der Konsolidierung. Neue Arbeitsplätze durch neue Banken am Standort Frankfurt würden zum Teil durch den Abbau von Stellen im traditionellen Bankgeschäft kompensiert. Waldschmidt: „Wie dieser Prozess letztendlich ausgehen wird, werden wir erst in einigen Jahren sehen.“

Autorin



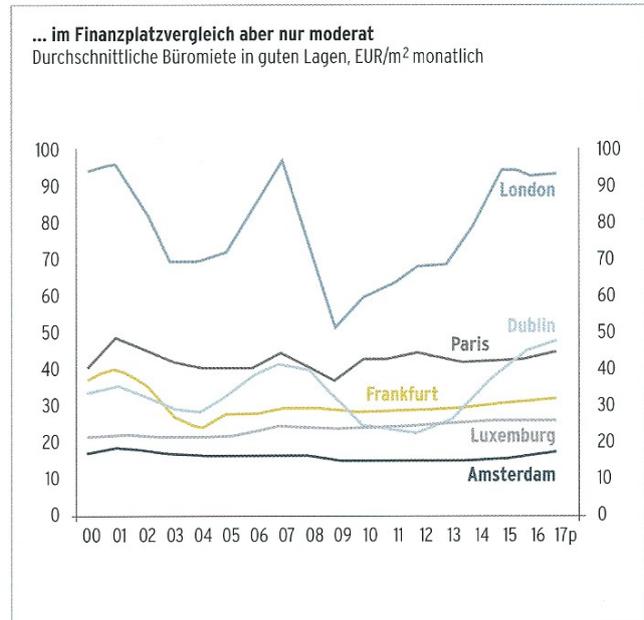
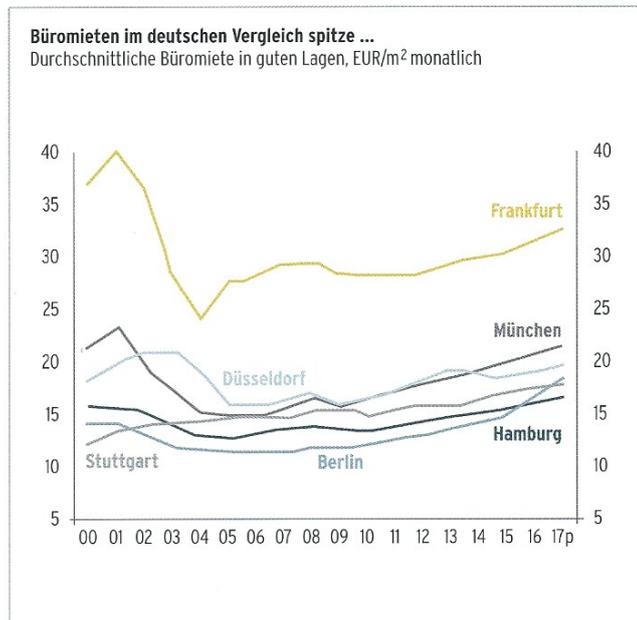
Eli Hamacher ist Diplom-Volkswirtin und arbeitet seit knapp 30 Jahren als Wirtschaftsjournalistin. Die Freelancerin schreibt für „die bank“ vor allem über die Branche und Porträts über einzelne Unternehmen. Ein weiterer Fokus ihrer Arbeit sind Auslandsmärkte.

Hochburg der Auslandsbanken

Wie bei den inländischen Banken hat auch die Zahl der ausländischen Institute in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen. Hatten im Jahr 2010 noch 210 Auslandsbanken in Deutschland eine Tochter oder eine Zweigstelle, waren es Ende 2017 nur noch 183. Hinzu kamen laut BaFin im Segment der Nichtbanken 106 Zweigstellen ausländischer Finanzdienstleister, 22 von Kapitalverwaltungsgesellschaften und 13 von Zahlungsinstituten. In diesem Segment hat sich die Zahl erhöht - von 118 im Jahr 2014 auf 141 (Stand 2017). Das Gros der Auslandsbanken (162 Institute) sitzt laut Bundesbank in Frankfurt. Hinzu kommen 40 deutsche Banken. Während die Zahl einheimischer Häuser seit 2008 deutlich von 69 auf zuletzt 40 gesunken ist, hat die Zahl der Auslandsbanken nach der Finanzkrise 2008 zunächst deutlich von 160 auf 144 (2013) abgenommen, sich dann aber wieder auf 162 im Jahr 2017 erhöht. Trotz der großen Zahl ausländischer Player war deren Geschäftsvolumen Ende 2017 mit 604 Mrd. € deutlich geringer als das der inländischen Banken (3.866 Mrd. €).

Seit 2010 haben die Auslandsbanken ihr Geschäftsvolumen jedoch um 50 Prozent steigern können, während die inländische Konkurrenz nach einem starken Rückgang Ende 2017 nur wieder das Niveau von 2010 erreichte. Bei den 2017 durchgeführten Aktienemissionen sind die Auslandsinstitute unter den Top 10 gleich siebenmal vertreten, angeführt von der Citigroup, gefolgt von Morgan Stanley, Barclays, Goldman Sachs, UBS, BNP Paribas und Bank of America Merrill Lynch. Spitzenreiter ist die Deutsche Bank, Berenberg folgt auf Platz 7 und die Commerzbank auf Rang 10. Auch bei den Anleiheemissionen finden sich unter den Top 10 nur drei Deutsche (Deutsche Bank, Commerzbank, LBBW auf den Rängen 1, 9 und 10). Das Gros entfällt auf UniCredit, JP Morgan, Bank of America Merrill Lynch, HSBC, Barclays, Goldman Sachs sowie Citigroup. Bei den Gebühren im Investment-Banking folgen auf die Nummer eins, die Deutsche Bank, in der Top-Ten-Liste ausschließlich ausländische Anbieter. (Quelle: Verband der Auslandsbanken in Deutschland)

2 | Finanzplatz Frankfurt: In der Pole-Position für Brexit-Banker



Quelle: Scope, Helaba Volkswirtschaft/Research.

Von London nach Frankfurt

Bislang haben 18 Institute laut Hessen Trade & Invest GmbH (Stand Mai 2018) bekannt gegeben, Geschäft von London nach Frankfurt zu verlagern bzw. in der Mainmetropole aufzubauen. Zuletzt kündigte die Bank of Taiwan an, in Frankfurt eine Repräsentanz eröffnen zu wollen.

- ▶ Deutsche Bank (Deutschland)
- ▶ UBS (Schweiz)
- ▶ Standard Chartered (UK)
- ▶ Lloyds Banking Group (UK)
- ▶ Bank of Scotland (UK)
- ▶ Goldman Sachs (USA)
- ▶ Morgan Stanley (USA)
- ▶ Citigroup (USA)
- ▶ JP Morgan Chase (USA)
- ▶ Silicon Valley Bank (USA)
- ▶ Sumitomo Mitsui (Japan)
- ▶ Nomura (Japan)
- ▶ Daiwa Securities (Japan)
- ▶ Mizuho Financial Group (Japan)
- ▶ Woori Bank (Südkorea)
- ▶ Bank of Taiwan (Taiwan)
- ▶ VTB Bank (Russland)
- ▶ ICICI (Indien)

Was die Finanzbranche an Frankfurt liebt

Wenn Dagmar-Elena Markworth aus ihrer Geburtsstadt Hannover mit dem Auto in ihre Wahlheimat fährt, fasziniert sie die Skyline jedes Mal aufs Neue. Seit 14 Jahren wohnt die auf Finanzdienstleister spezialisierte Partnerin der Personalberatung Odgers & Berndtson bereits am Main und schätzt die Stadt sehr: „Frankfurt ist weltweit offen, multikulturell und hat mit Museen wie Städel und Schirn sowie Alter Oper und Frankfurter Oper ein großartiges kulturelles Angebot“, schwärmt die Juristin. Zudem bietet Deutschlands kleinste Großstadt kurze Wege und sehr viel Grün. Der Frankfurter Grüngürtel wurde von der UN immerhin als Vorzeigeprojekt nachhaltiger Stadtentwicklung und Frankfurt 2014 als erste deutsche Stadt als „Europäische Stadt der Bäume“ ausgezeichnet. Aleksander Montalbetti, Ski- und Windsurf-Fan, vermisst zwar einen großen See und die Berge, findet aber die Kombination aus Wohnen im grünen Taunus und Arbeiten in der Großstadt sehr angenehm. „Frankfurt ist eine spannende Finanzmetropole mit Kleinstadtfeeling. Zahlreiche meiner Mandanten sind hier, der Flughafen ist vor der Haustür und die zentrale Lage in Deutschland sind für mich als Personalberater ideal“, sagt der auf

die Finanzbranche spezialisierte Partner bei der Personalberatung Signium.

Dirk Auerbach, Partner beim Wirtschaftsprüfer Ernst & Young in Frankfurt, schätzt neben den guten Verkehrsverbindungen vor allem auch die Preise, die verglichen mit anderen Metropolen deutlich günstiger seien. Und die britischen EY-Kollegen, die teils vier Stunden für Hin- und Rückweg zur und von der Arbeit bräuchten, beneidet er natürlich auch nicht.

Am Frankfurter Immobilienmarkt erwarten Experten angesichts der Banker- und Bankenwanderung keine Probleme. „Am Büromarkt dürfte die Zusatznachfrage angesichts des noch immer reichlichen Leerstands und einer Reihe von Projektentwicklungen problemlos zu bewältigen sein“, erwartet Helaba-Immobilienanalyst Dr. Stefan Mitropoulos. ► **2 Am Wohnungsmarkt** besteht dagegen kein nennenswerter Leerstand. Die deutlich erhöhte Neubauaktivität, die Planungen für die nächsten Jahre sowie die umfangreichen Flächenreserven im Umland sprächen aber gegen eine deutliche Verschärfung der Lage am Frankfurter Wohnungsmarkt durch den Brexit.

Beim jüngsten Städteranking des Magazins „Wirtschaftswoche“ landete Mainhattan auf dem fünften Platz nach München, Ingolstadt, Stuttgart und Erlangen, verschlechterte sich gegenüber 2016 aber um einen Rang. Bewertet wurden die Bereiche Immobilienmarkt, Lebensqualität, Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Die Schattenseiten: Bei den erfassten Straftaten ist die Mainmetropole 2017 zur Hauptstadt des Verbrechens aufgestiegen und hat Berlin als bisherigen Spitzenreiter verdrängt. In Frankfurt wurden im vergangenen Jahr 14.864 Straftaten pro 100.000 Einwohner erfasst, wie aus der jüngsten Polizeilichen Kriminalstatistik hervorgeht. Bei den Flughäfen mit den meisten Verspätungen lässt Frankfurt hingegen Berlin den Vortritt und belegt Rang zwei, so das Fluggast-Portal AirHelp (Stand: erstes Halbjahr 2017). Auch bei den Mieten liegt die Stadt mit Deutschlands höchsten Wolkenkratzern weit vorn. Wer im ersten Quartal 2018 eine Wohnung gemietet hat, musste dafür laut Statistikportal Statista im Schnitt 13,90 Euro pro Quadratmeter zahlen, nur München war mit 17,57 Euro noch deutlich teurer, Berlin mit 11,80 Euro um einiges günstiger.

INTERVIEW

Unsinnigste Entscheidung der letzten 100 Jahre

Geschäfte mit Großbritannien werden teurer und umständlicher. Seit dem 23. Juni 2016 gehört der Brexit auch für den Bundesverband deutscher Banken zu den Top-Themen. Regelmäßig reist Hauptgeschäftsführer Andreas Krautscheid nach London oder empfängt Besucher aus der City in Berlin. Auch wenn der Verband seinen Mitgliedern empfiehlt, sich auf einen harten Brexit einzustellen, hofft der 57-Jährige auf eine Übergangszeit bis 2020, in der im Wesentlichen alles beim Alten bleibt. Auf der Tagesordnung ganz oben steht auch das Thema Euro-Clearing. Sollte das Euro-Clearing in London künftig nicht von EU-Behörden beaufsichtigt werden können und nach Kontinentaleuropa abgezogen werden müssen, setzt der Verbandschef auf eine starke Unterstützung der Bundesregierung. Nachdem Frankfurt Ende 2017 das Rennen um die Europäische Bankenaufsicht gegen Paris verloren hatte, hofft der Verband diesmal auf den Zuschlag für die Mainmetropole.

diebank: Seit dem Brexit-Votum der Briten im Juni 2016 reisen Sie sehr regelmäßig nach UK. Wie beurteilen Sie aktuell die Stimmung in der Londoner City?

Andreas Krautscheid: Die Stimmung schwankt zwischen alarmiert, besorgt und frustriert. Bei vielen fällt das Pfund centweise. Manch einer in der britischen Politik hatte bei der Abstimmung keinerlei Plan, was solch ein Votum für die Banken, die Industrie und den Wirtschaftsstandort als Ganzes bedeuten könnte. Aus meiner Sicht ist diese Entscheidung die unsinnigste, die die britische Politik in den letzten 100 Jahren getroffen hat. Einen Exit vom Brexit wird es jetzt aber nicht mehr geben.

diebank: Noch laufen die Austrittsverhandlungen. Welches Szenario halten Sie für am wahrscheinlichsten?

Krautscheid: Wir empfehlen unseren Mitgliedern ganz klar: Stellt Euch auf einen harten Brexit ein. Auch wenn es derzeit danach aussieht, dass es eine Übergangsphase geben könnte, gibt es hierzu erst Gewissheit, wenn das Austrittsabkommen als Ganzes steht. Die Übergangsperiode könnte bis Ende 2020 laufen und würde bedeuten, dass das Vereinigte Königreich bis dahin wie ein Mitglied der Europäischen Union mit allen Rechten und Pflichten behandelt wird, allerdings ohne Stimmrecht. Für die europäische und britische Wirtschaft hätte dies den Vorteil, dass Geschäfte im bisherigen Rechtsrahmen sicher abgewickelt werden können. Zudem wäre der Marktzugang zu Ländern der EU weiterhin mög-

lich. Von den Details der Austrittsvereinbarung wird maßgeblich abhängen, wie stark die Bedeutung Londons kurzfristig sinkt und wie andere internationale Finanzplätze davon profitieren werden.

diebank: So hätte man zumindest etwas Zeit gewonnen. Welches Szenario wäre aus Sicht des Bankenverbands nach 2020 für Ihre Mitglieder am vorteilhaftesten? Abgesehen davon, dass Sie natürlich am liebsten alles beim Alten belassen würden.

Krautscheid: Die Passporting-Regel, die allen Seiten gleiche Rechte und Pflichten auferlegt hat, war natürlich ideal. Die zweitbeste Lösung wäre ein Handelsabkommen, das die Finanzdienstleistungen einschließt. Dagegen gibt es kritische Stimmen aufseiten der EU. Wenn das nicht klappt, würden die WTO-Regeln gelten, und wir würden mit UK genauso Geschäfte machen wie mit den USA. Hier kommt das Äquivalenzsystem ins Spiel, das für bestimmte Finanzprodukte den gegenseitigen Marktzugang ermöglicht - sofern in der EU und UK weiterhin die gleichen Regulierungsstandards gelten. Aber selbst wenn man gute Regelungen findet, steht fest: Das Geschäft wird teurer und umständlicher. So gut wie es heute läuft, wird es nicht mehr funktionieren. Denn das Geschäft aus UK mit Kunden, die IT oder auch die Dokumentation werden ja nicht eins zu eins von London an einen anderen Standort verlagert, sondern nach Frankfurt, Paris, Amsterdam, Dublin, Luxemburg, also an verschiedene Plätze. Die Märkte werden fragmentierter.



Andreas Krautscheid

diebank: Noch ist London der unbestritten wichtigste Finanzplatz in Europa. Wie stark wird dessen Bedeutung mittelfristig abnehmen?

Krautscheid: Die City wird einen überschaubaren Teil des Geschäfts verlieren. Wobei viele Banken den Brexit zum Anlass nehmen, um ihre Verschlankungsprozesse zu beschleunigen. Ein US-Bankchef hat es mir gegenüber kürzlich so auf den Punkt gebracht: Einer von drei betroffenen Bankern geht aus London zurück nach New York, einer geht auf den Kontinent und einer nach Hause. Die britische Finanzindustrie bleibt aber natürlich auch nach dem Brexit eine gewichtige Größe. Selbst wenn internationale Banken Kapazitäten an andere Standorte verlagern, etwa nach Frankfurt.

diebank: Auch wenn keiner heute genau sagen kann, wie viele Arbeitsplätze letztlich nach Frankfurt verlagert werden und ob Paris gegebenenfalls Frankfurt den Rang ablauft, steht fest, dass die Mainmetropole auf jeden Fall von Umzügen profitieren wird. Was bedeutet das für die Position und die Positionierung des Bankenverbands?

Krautscheid: Der Bankenverband hat unmittelbar nach dem Votum eine Task Force gebildet. Seitdem kommt es zu regelmäßigen Besuchen in London und auch aus London. Wir engagieren uns auf Berliner und Brüsseler Ebene, wo wir uns mit den Verhandlungsführern austauschen und auch eine Veranstaltungsreihe zum Brexit gestartet haben. Wir bauen zudem unsere Aktivitäten - vor allem für ausländische Banken - in Frankfurt aus, indem wir neue Gremien aufbauen, in bestehende Gremien Vertreter ausländischer Banken stärker einbinden und zudem neue Formate aufsetzen. Die internationalen Banken, die Geschäft verlagern, kommen ja nicht nur mit mehr Mitarbeitern. Sie kommen auch mit anderen Themen und Bedürfnissen, etwa zu regulatorik und politischer Unterstützung. Hier ist der Bankenverband der erste Ansprechpartner.

diebank: Könnte sich die stärkere Präsenz der Auslandsbanken auch auf die Besetzung des Vorstands des Bankenverbands auswirken?

Krautscheid: Das werden unsere Mitglieder entscheiden. Derzeit sind zwei von zehn Sitzen so besetzt: Mit Dorothee Blessing, die bei JP Morgan das Geschäft in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Irland, Israel und der nordischen Region verantwortet, und Nick Jue, dem Vorstandsvorsitzenden der ING-Diba AG, sind

zwei Vertreter ausländischer Banken in unserem Vorstand.

diebank: Was kann Frankfurt den Auslandsbanken bieten?

Krautscheid: Der Standort bietet exzellente bankspezifische Rahmenbedingungen mit seinem dichten Netz an Finanzdienstleistern wie Steuerberatern, IT-Fachleuten, Wirtschaftsprüfern. Zudem sitzt dort die EZB. BaFin und Bundesbank haben nicht den Fehler gemacht, die ausländischen Institute irgendwie mit Versprechungen zu ködern. Von Anfang an war klar, dass es strenge und klare Rahmenbedingungen gibt. Das macht den Prozess verlässlich und planbar. Klar ist: Es reicht nicht, nur einen Briefkasten aufzuhängen.

diebank: Weniger glücklich sind die Auslandsbanken, nicht erst seit dem Brexit, mit dem rigiden Kündigungsschutz in Deutschland. Im Koalitionsvertrag gibt es einen Passus, wonach dieser für bestimmte Gruppen von Angestellten gelockert werden soll. Wenn diese Absicht tatsächlich umgesetzt wird, käme das Signal dann nicht viel zu spät? Gesetzgebungsverfahren dauern in Deutschland ja eher lang.

Krautscheid: Dass die Lockerung des Kündigungsschutzes für Risikoträger in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde, war schon ein erstes, starkes Brexit-Signal und ein erfreulicher Erfolg für unsere Bemühungen. Eine Änderung im Arbeitsrecht ist schließlich nicht ohne. Jetzt arbeiten die zuständigen Ministerien an einem Gesetzentwurf. Ich hoffe, dass dieser noch vor der Sommerpause ins Bundeskabinett geht und in der zweiten Jahreshälfte in Kraft treten kann.

diebank: Wenn Sie einen Brexit-Wunsch frei hätten...

Krautscheid: Die Entscheidung zum künftigen Sitz der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), die nicht wie von uns erhofft nach Frankfurt, sondern nach Paris geht, hat die Bundesregierung in einer wenig handlungsfähigen Situation erwischt. Wenn es jetzt darum geht, wo das Euro-Clearing im Fall einer Verlagerung aus London auf den Kontinent künftig angesiedelt wird, würden wir uns von der Bundesregierung einen starken Einsatz für den Standort Frankfurt wünschen.

diebank: Herr Krautscheid, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Eli Hamacher.